



**Protokoll der 23. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 25. August 2021, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsident Claudio Bernold

Namensaufruf: 32 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Ivo Begic, Gemeinderat Roman Fischer, Gemeinderat Stefan Geiges, Gemeinderätin Severine Hänni, Gemeinderat Michael Lerch, Gemeinderat Stefan Leuthold, Gemeinderätin Salome Scheiben

Mitanwesend: Stadtpräsident Anders Stokholm, Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli Stettler, Stadträtin Barbara Dätwyler Weber (bis 18:45 Uhr), Stadtrat Fabrizio Hugentobler, Stadtrat Andreas Elliker

Gemeinderatssekretär: Giuseppe D'Alelio

Traktanden

- 112 Mitteilungen
- 113 Protokoll der Sitzung vom 30. Juni 2021
- 114 Fragestunde

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, liebe Gäste vom Jugendrat, geschätzte Medienvertreter, wenn der Rat gutgelaunt, sonnengebräunt, hoffentlich gut erholt und fast wieder vollständig anwesend ist, scheinen die Sommerferien vorüber zu sein. Dieser Sommer wird uns nicht nur wegen Corona in Erinnerung bleiben. Dass so viel Wasser wie in den letzten Wochen vom Himmel gefallen ist, haben wir noch selten erlebt. Was für die einen ein Genuss war – da denke ich vor allem an die grünen und saftigen Pflanzen –, war für die anderen ein Verdruss. So mussten Keller ausgepumpt werden und auch der Strassenuntergrund musste mehr schlucken, als er vertragen konnte. Die Folgen davon erleben wir noch eine ganze Weile – ob Freud oder Leid. Ich habe mich über das Wetter nicht geärgert, auch wenn ich doch den heissen südländischen Sommer bevorzuge. Ich habe mich an den Spruch von Karl Valentin gehalten, der lautet: «Ich freue mich, wenn es regnet, denn wenn ich mich nicht freue, regnet es auch.» Ich persönlich mag diesen Spruch sehr. Warum soll man sich über etwas ärgern, das man selber nicht beeinflussen kann? Darum erfreuen wir uns an dem, was wir haben und was wir mitgestalten und mitentscheiden können. Und somit habe ich die Kurve in den Rat heute Abend wieder locker hingekriegt und wünsche Ihnen viel Freude am Debattieren, am Mitgestalten und am Mitentscheiden.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt der Gemeinderatspräsident fest, dass 33 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 17.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

112

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich beginne mit einer traurigen Nachricht. Anfang Juli wurden Sie informiert, dass unser geschätzter Kollege Christoph Keller am 1. Juli mit 63 Jahren von uns gegangen ist. Christoph war einer der Dienstältesten im aktuellen Gemeinderat. Im Juni 2005 hat er zum ersten Mal im Gemeinderat Einsitz genommen und ist es bis zum Schluss geblieben. Von 2010 bis 2019 war er Mitglied der Fürsorgebehörde, damals hiess sie noch Fürsorgekommission, und von 2011 bis 2015 war Christoph Präsident der GPK Gesellschaft und Sicherheit. Ab 2015 war er als Mitglied in der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen tätig. Wir behalten Christoph als fairen, aktiven und vielseitigen Diskussionspartner in ehrentvoller Erinnerung. Ich bitte Sie nun, sich für eine Trauerminute von den Sitzen zu erheben. [Trauerminute]. Ich danke Ihnen herzlich.

1. Als Erstes möchte ich ganz herzlich die zwei Jugendratsmitglieder begrüssen. Auf der einen Seite Maya Alberding, sie ist zugeschaltet und Melina Schüller. Sie vertritt Alina Schmuki, welche krankheitshalber passen muss. Herzlich willkommen und viel Vergnügen heute im ersten Teil bei der Fragestunde.
2. Ich darf Nathanael Hug von der CVP – die neue Bezeichnung «Die Mitte» gilt ab dem 1. September – als Teil der Fraktion CVP/EVP als neues Mitglied im Rat begrüssen. Ich freue

- mich auf die gemeinsame Ratsarbeit und wünsche viel Freude am Debattieren sowie auch am Aktenstudium, das gehört auch dazu.
3. Der Geschäftsbericht liegt in physischer Form auf dem Tisch vor dem Bürgersaal auf. Bitte bedienen Sie sich.
 4. Die Referendumsfrist betreffend Baurecht des Leichtathletikclubs (Botschaft Nr. 22) ist am 2. August 2021 ungenutzt verstrichen.
 5. Die Referendumsfristen betreffend Bau eines Batteriespeichers (Botschaft Nr. 23) sowie betreffend Kredit für den Kauf und die Instandhaltung des Wärmeverbunds der Wärme Frauenfeld West AG und Anpassung des Reglements über die Fernwärmeversorgung (Botschaft Nr. 24) sind am 16. August 2021 ungenutzt verstrichen.
 6. Heute hat Gemeinderat Romeo Küng eine einfache Anfrage nach Art. 45 des Geschäftsreglements mit dem Titel «Kultur ja! - Tradition nein?» eingereicht.
 7. Mit Beschluss Nr. 228 vom 29. Juni 2021 hat der Stadtrat Christine Bergauer für den Rest der Amtsdauer 2019-2023 in die Fachkommission für den Betrieb des Alterszentrums Park gewählt.
 8. Mit Beschluss Nr. 235 vom 6. Juli 2021 hat der Stadtrat die einfache Anfrage betreffend «Will der Stadtrat die Altstadt dem Autoverkehr opfern?» der Gemeinderäte Michael Pöll, Anita Bernhard-Ott und Roman Fischer beantwortet.
 9. Mit Beschluss Nr. 251 vom 3. August 2021 hat der Stadtrat den Rücktritt von Nathanael Hug als Mitglied der Rechnungsprüfungskommission per 31. Juli 2021 genehmigt und die Ersatzwahl auf den 28. November 2021 angesetzt, sofern die stille Wahl nicht zustande kommt.
 10. Mit Beschluss Nr. 261 vom 10. August 2021 hat der Stadtrat anstelle des verstorbenen Gemeinderats Christoph Keller für den Rest der Amtsdauer 2019 bis 2023 ab 1. September 2021 Lisa Badertscher als gewählt erklärt.
 11. Mit Beschluss Nr. 272 vom 10. August 2021 hat der Stadtrat Gemeinderätin Renate Luginbühl als Vertretung der Stadt Frauenfeld für den Rest der Amtsdauer 2019 bis 2023 in die Kommission Frühförderung und Kinderbetreuung gewählt.
 12. Am Freitag, 3. September um 17 Uhr findet das traditionelle Fussballspiel zwischen dem FC Gemeinderat und dem FC Stadtverwaltung statt. Im Gegensatz zum FC Stadtverwaltung müssen wir im Gemeinderat kleinere Brötchen backen, können keine hohen Transfersummen aufwerfen bzw. Löhne bezahlen und sind daher froh um jedes Gemeinderatsmitglied, welches sich für dieses Spiel zur Verfügung stellt. Das eigentliche Fussballkönnen ist dabei eher nebensächlich, hätten wir doch als Politikerinnen und Politiker die Gabe, unsere Gegner in Diskussionen zu verwickeln und dadurch dem einen oder anderen Fussballspieler in unserem Team die Möglichkeit zu geben, eine Torchance zu kreieren. Stadtrat Andreas Elliker hat per Doodle-Umfrage einen Aufruf gestartet und wartet noch auf weitere Meldungen. Und nicht zuletzt: Eine erfolgreiche Fussballmannschaft benötigt einen starken linken Flügel, einen starken rechten Flügel und auch eine Mitte, welche die Bälle auf beiden Seiten verteilen kann. Das würde eigentlich zu uns passen.
 13. Im Anschluss an die Gemeinderatssitzung informiert der Stadtpräsident unter Ausschluss der Gäste und Medien über einen wichtigen Vereinsbeitritt. Die Information dauert ca. 20 Minuten.

113

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNG VOM 30. JUNI 2021

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Das Protokoll der Sitzung vom 30. Juni 2021 wurde am 19. Juli 2021 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Bis jetzt sind keine Änderungen oder Ergänzungswünsche eingegangen. Wird das Wort zum Sitzungsprotokoll vom Rat gewünscht? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ist das Ratsprotokoll stillschweigend genehmigt und ich

bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für das Verfassen des Protokolls.

114

FRAGESTUNDE

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Gemäss Art. 47 Abs. 2 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat sind innerhalb der erforderlichen Frist 20 Fragen eingegangen. Sie werden vom Stadtrat in der Reihenfolge gemäss Beschluss Nr. 273 des Stadtrats beantwortet. Zusätzlich haben wir drei Fragen vom Jugendrat erhalten, auch diese wird der Stadtrat beantworten. Nach der Beantwortung der Fragen aus dem Jugendrat werde ich die Mitglieder des Jugendrats verabschieden, bevor wir mit den Fragen des Gemeinderats weiterfahren. Zum Vorgehen: Ich schlage vor, dass die jeweiligen Fragesteller ihre Fragen selber vorlesen. Die Beantwortung findet entsprechend durch den Stadtrat statt. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden.

Wir starten mit dem Jugendrat und gleichzeitig mit einem Novum. Maya Alberding gehört zur Risikogruppe und kann daher physisch nicht anwesend sein. Wir haben Maya per Videokonferenz zugeschaltet, sie kann ihre Frage daher persönlich vortragen. Die Beantwortung durch die zuständigen Stadträte erfolgt vor dem bereitgestellten Laptop. Das System wurde diese Woche bereits getestet und sollte auch funktionieren.

Maya Alberding (Jugendrat): Was möchte der Stadtrat in der nächsten Zeit oder in der Zukunft allgemein für Menschen mit Handicap oder Kranke machen?

Vizestadtpräsidentin Elsbeth Aepli Stettler (CVP): Liebe Maya, ich danke dir sehr herzlich für diese Frage, weil sie uns gezeigt hat, wie wichtig departementsübergreifende Zusammenarbeit ist. Wir haben nämlich im Stadtrat diskutiert, wer diese Frage beantworten soll, ob ich als Vorsteherin des Departements Alter und Gesundheit oder Stadträtin Barbara Dätwyler vom Departement Gesellschaft und Soziales, wo ja auch die Jugendfragen drin sind, oder Stadtrat Andreas Elliker wegen Baufragen, aber er kommt noch mit sehr vielen Fragen dran. Oder Fabrizio Hugentobler mit den Sportanlagen. Oder weil es alle betrifft, könnte man auch sagen, der Stadtpräsident soll doch Antwort geben. Also, wir sind alle involviert und wir haben uns entschieden, dass ich die Antwort gebe, weil ich noch die Fachstelle Alters- und Generationenfragen habe. Eine Fachstelle, die eben genau solche departementsübergreifende Themen aufnimmt. Und wir sagen eigentlich immer, eine altersfreundliche Stadt ist auch eine familienfreundliche Stadt oder ist auch eine Stadt, die gut ist für Menschen mit Handicap.

Vielleicht ein paar Sachen, wo wir etwas machen oder machen können: Wir schauen bei städtischen Gebäuden, dass diese wirklich für alle zugänglich sind, aber das ist nicht immer ganz einfach, weil die Bedürfnisse verschieden sind. Es gibt Personen mit Schwierigkeiten beim Gehen, diese möchten alles flach haben. Wer aber blind oder sehbehindert ist, der braucht Niveauunterschiede. Darum lassen wir uns bei Bauprojekten immer von Pro Infirmis beraten, so auch beim Neubau des Hallenbads. Dort hat es in der Begleitgruppe auch jemanden aus der Fachkommission Alters- und Generationenfragen, die dann auf diese Themen besonders schaut. Beispielsweise auch beim Umbau der Physiotherapieräume im Alterszentrum Park, das war letztes Jahr, haben wir von Pro Infirmis wichtige Inputs bekommen. Wir haben zum Beispiel die Eingangstür anders gebaut, als ursprünglich geplant. Das gab Mehrkosten, aber das hat sich gelohnt. Die städtischen Sport- und Freizeitanlagen sind, so meinen wir auch, für alle Personen mit Handicap zugänglich. Wir haben gemerkt, dass es wichtig ist, wenn man sich bei einem konkreten Problem bei uns meldet, denn dann kann man konkret etwas machen. Beispielsweise wurde uns gesagt, man kann beim Buswartehäuschen beim Alterszentrum Park nicht aufstehen, weil es

keine Armlehnen hat. Das wurde gemeldet und man konnte es anpassen und es war ein voller Erfolg. Das ist nichts Grosses, aber für jene Personen, die dort warten, ist es sehr wertvoll. Es ist wichtig, dass man sich als Person mit Handicap bei uns meldet. Wir sind offen, dann kann man etwas auch angehen. Man muss natürlich selber vielleicht auch um Hilfe fragen. Zum Beispiel beim Stadtbus haben wir von älteren Menschen immer wieder Reklamationen, man fahre zu rasch ab, bevor man sitze. Da haben wir gesagt, am einfachsten ist es, man hat eine Mehrfahrtenkarte und stempelt nicht einzeln ab. Wir konnten dann an mehreren Stellen Mehrfahrtenkarten verkaufen und haben den Leuten empfohlen, sich rasch hinzusetzen und jemanden bitten die Fahrkarte abstempeln zu lassen. Alles kann man nicht machen, dass Menschen mit Handicap sich ohne Hilfe von Dritten bewegen können.

Bei Gebäuden des Kantons und bei privaten Gebäuden ist natürlich unser Einflussbereich kleiner, doch auch da gehen wir Hinweisen nach. Ich möchte dich und auch andere ermuntern, kommt zu unserer Fachstelle Generationenfragen, die ist nicht nur für Senioren zuständig, sondern wie der Name sagt für alle Generationen. Unsere Leiterin Doris Wiesli nimmt Anliegen gern entgegen und schaut, was sich machen lässt. Wir sind gut vernetzt mit den verschiedenen Stellen und können so den Hebel ansetzen.

Vielleicht auch ein grosses Thema ist Wohnen für Personen mit Handicap, eine barrierefreie Wohnung. Da kann man auch wieder sagen, eine altersfreundliche Wohnung dient allen, auch jüngeren Menschen mit Handicap. Bei der Parksiedlung Talacker haben wir 70 Wohnungen, wo wir jetzt erleben, dass auch jüngere Menschen, die Betreuung oder Pflege benötigen, dort wohnen. Finanziert wird das dann mit IV-Rente und Ergänzungsleistungen. Für das Alterszentrum Park gibt das einen Zusatzaufwand, weil wir sonst nur mit Personen mit Altersrenten zu tun haben, aber das machen wir gern, damit auch jüngere Menschen in Frauenfeld wohnen bleiben können. Überhaupt ist Wohnen ein Thema, bei dem die Fachstelle auch immer wieder prüft, ob es genügend barrierefreien Wohnraum in Frauenfeld hat und bei Bedarf tritt Doris Wiesli auch mit Privatpersonen, die Häuser besitzen, in Kontakt. Ich denke, es gibt ganz viele Projekte, bei denen sich auch jüngere Menschen einbringen können, auch jüngere Menschen mit Handicap, und deine Frage und meine ausführliche Antwort haben gezeigt, es betrifft ganz viele Bereiche. Ich ermuntere dich einfach, komm auf uns zu, wo du ganz konkret ein Problem hast. Ich bin überzeugt, wir finden Lösungen.

Melina Schüler, in Vertretung von Alina Schmuki (Jugendrat): Wie und wo kann man Wege schaffen, damit Kinder sicher zur Schule gehen können, ohne Angst vor dem Verkehr haben zu müssen?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Liebe Melina, liebe Alina, danke für diese Frage. Der Richtplan Verkehr, genauer der Teilrichtplan Fussgängerverkehr gibt Auskunft über das Fussgängernetz der Stadt Frauenfeld. Er ist unterschieden in Haupt- und Nebenrouten und zeigt Netzlücken auf. Diese werden laufend umgesetzt. Zudem besteht das Fuss- und Veloverkehrskonzept, welches Aussagen zur Schulwegsicherheit macht. Beide Planungsinstrumente sind im Internet auf der Stadtseite unter der Rubrik «Richtpläne der Stadt Frauenfeld» öffentlich einsehbar. Es erfolgt zudem ein regelmässiger Austausch mit der Schulgemeinde. Viele Massnahmen werden im Rahmen der ordentlichen Strassensanierungen umgesetzt. Die aktuellste Massnahme zur Verbesserung der Schulwegsicherheit ist Tempo 30 zum Beispiel auf der General-Weberstrasse. Das ist im Moment nicht die Strasse, die optimal ist, aber es ist eine Umleitungsgeschichte. Das wissen wir, es müssen alle etwas tragen, wenn eine Strasse wie die Thundorferstrasse ein grösseres Problem hat. Oder die Querung der Marktstrasse oder die Schutzinsel der Bahnhofstrasse im Bereich der Kehlhofstrasse beim Schulhaus Langdorf, diese ist im Herbst 2021 geplant. Dazu ist noch zu sagen, dass viele Strassenquerungen mit dem Kanton zusammenhängen. Ich habe es den Mitgliedern der GPK Bau und Verkehr klar mitgeteilt oder mitteilen lassen, die Planung einer Stadtstrasse dauert etwa 3 Jahre für grössere Massnahmen, bei einer Kantonsstrasse 3 bis 5

Jahre und wenn der Bund noch dabei ist, muss man mit 8 bis 10 Jahren rechnen. Und noch etwas vorweg: Vor der Fragestunde haben meine Mitarbeiter in der Geschäftsleitung 10 Tage Ferienverbot. Ich hoffe, die Frage ist soweit beantwortet.

Maya Alberding (Jugendrat): Es wird zukünftig immer mehr Elektromobile bzw. Elektrofahrzeuge für Handicaperte und Senioren geben. Wo könnte man für diese ausreichend Park- und Fahrflächen schaffen, damit sie barrierefrei einkaufen und in der Stadt oder dem öffentlichen Verkehr unterwegs sein können?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Liebe Maya, ich danke dir auch für diese Frage. Auf dem öffentlichen Grund können für kleine E-Fahrzeuge ohne oder mit gelber Nummer grundsätzlich die Veloabstellflächen benutzt werden. Der Bedarf ist aber auch vor allem auch auf privatem Grund, zum Beispiel Einkaufsmöglichkeiten, gegeben. Dabei gelten bei Baubewilligungsverfahren die einschlägigen Normen, welche Parkmöglichkeiten für Handicaperte vorschreiben. Mit dem offiziellen Handicapausweis sind zudem Ausnahmen, zum Beispiel für das Abstellen von Fahrzeugen möglich. Mit der Behindertengerechtigkeitssanierung der Bushaltestellen, wie es zum Beispiel auf der Rheinstrasse zu sehen ist (Erhöhung der Einstiegsanten für einen ebenerdigen Einstieg), wird das Angebot zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs verbessert. Diese Massnahmen sollten nach Bundesvorschrift bis Ende 2023 abgeschlossen sein. Dies wird keine Gemeinde und keine Stadt erreichen, wie ich vorhin gesagt habe, braucht die Planung mit Kanton und Bund viel Zeit. Aber jede Bushaltestelle und jede Strasse, die wir anschauen, passen wir an und wir machen dies auch nicht nur bei Sanierungen, damit wir diesen Zeitplan möglichst einhalten können. Bei Bauabnahmen ist es so, dass der Mitarbeiter des Hochbauamts der Stadt Frauenfeld sehr auf diese Hinweise für die Handicaperten schaut. Ich war auch schon bei einer Abnahme dabei, da wurde eine Mängelliste erstellt, die dann abgearbeitet werden musste. Dies wird dann wieder mit den Handicapertenvertretern angeschaut, dass das verbessert wird.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ganz herzlichen Dank liebe Maya, liebe Melina für eure spannenden und inhaltlich guten Fragen. Dir Maya für die Onlineteilnahme, welches für uns ebenfalls eine wertvolle Erfahrung war und natürlich auch ein Novum. Und dir Melina für das persönliche Erscheinen im Rat – das braucht Mut. Es ist toll zu sehen, dass sich junge Menschen politisch engagieren und sich für die Stadt Frauenfeld und für ihre Mitbewohner einsetzen. Ich hoffe, eure Teilnahme motiviert eure Kolleginnen und Kollegen im Jugendrat, im nächsten Jahr ebenfalls an der Fragestunde mit einer Frage teilzunehmen. Ihr habt einen Applaus und ein kleines Geschenk verdient.

Nun fahren wir weiter mit der Fragestunde. Gern möchte ich noch kurz auf die Regeln aufmerksam machen. Die Fragestellerin bzw. der Fragesteller trägt seine Frage vor und hat nach der Beantwortung durch den Stadtrat die Möglichkeit, eine Ergänzungsfrage zu stellen. Ich möchte aber betonen, dass mit einer Ergänzungsfrage auch wirklich eine Frage gemeint ist. Auch bei den Fragen hatte ich zuweilen das Gefühl, dass die Anzahl Fragen, welche in einer Frage verpackt wurden, mehr einer Einfachen Anfrage entsprechen als eigentlich einer Frage für die Fragestunde. In Anbetracht dessen, dass die Beantwortung einer Einfachen Anfrage noch aufwendiger ist, kann der Stadtrat mit diesem Umfang sicherlich gut umgehen und gut leben.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), in Vertretung von Gemeinderätin Salome Scheiben (CH): Ich spreche als Fraktionschef im Namen von Salome Scheiben und gebe ihre persönlichen Interessen wieder. Zum Wahlbetrug: Für einmal war Frauenfeld in aller Munde, und dies nicht wegen des Openairs. Bestimmt können wir uns alle positivere Schlagzeilen vorstellen. Vieles ist noch immer unklar und wird es vermutlich auch bleiben. Einige Massnahmen wurden bereits ergriffen, damit so etwas nicht noch einmal passieren kann. Für mich war einer der grössten Fehler an dem ganzen Debakel die Kommunikation seitens der Stadt. Das Vertrauen in den

Stadtpräsidenten und den gesamten Stadtrat hat dadurch gelitten. Was gedenkt die Stadt zu unternehmen, damit künftig kompetenter kommuniziert bzw. kompetenter geschwiegen wird?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Vielen Dank für die Frage. Ja, Schweigen wäre wirklich manchmal auch gut. Ich möchte zunächst die Fragestellung etwas aufteilen, nämlich zwischen derjenigen zur Kommunikation in Sachen Wahlbetrug und derjenigen im Zusammenhang mit dem Weggang des Stadtschreibers.

Die Stadt hat im Zusammenhang mit dem Wahlbetrug jederzeit offen und dem Kenntnisstand entsprechend kommuniziert. So wurde etwa die Korrektur des Resultats aufgrund der Falschablage sofort als dies festgestellt wurde, mitgeteilt und wir entschuldigten uns in aller Form. Der Bericht mit Verbesserungsmaßnahmen wurde aufgegleist und an einer Medienkonferenz mitgeteilt, gefolgt von einer nochmaligen Entschuldigung an der Medienkonferenz und später auch im Grossen Rat. Dass das Vorgefallene das Vertrauen beschädigt hat, verstehen wir als Stadtrat nicht nur, sondern das bedauern wir auch. Die Kommunikation in Sachen Wahlbetrug war jedoch nicht der Grund, sondern der Umstand selber, dass dieses Vertrauen gelitten hat. Wir haben die Fehler auch benannt, uns mehrfach dafür entschuldigt und die notwendigen Massnahmen eingeleitet.

Was jedoch von der GPK anlässlich der Rechnungssitzung kritisiert wurde, war die Kommunikation im Zusammenhang mit dem Weggang des Stadtschreibers. Insofern sie die Benennung des Weggangs als Kündigung betrifft, verstehe ich diese Kritik sehr gut. Es war falsch und einem Missverständnis meinerseits geschuldet. Ich hatte im Zusammenhang mit der Aufhebungsvereinbarung beim beratenden Rechtsanwalt nachgefragt, ob es jetzt noch einer Kündigung bedürfe, worauf dieser antwortete, die Aufhebungsvereinbarung käme einer Kündigung gleich. Gleichkommen und gleich sein sind aber zwei verschiedene Sachen. Die vom Stadtrat gewählte Kommunikationsstrategie im Zusammenhang mit dem Weggang des Stadtschreibers war jedoch aus unserer Sicht sach- und zeitgerecht.

Was lernen wir daraus für die Kommunikation? Wir sind mit unserer Kommunikationsabteilung sehr gut aufgestellt. Wenn wir diese jedoch aus dringlichen persönlichkeitsrechtlichen Gründen nicht einbeziehen können, was im Zusammenhang mit dem Weggang des Stadtschreibers der Fall war, müssen wir uns früher von externen Fachleuten beraten lassen, als wir es getan haben. Ab Oktober 2020 war dies dann der Fall. In Zukunft würden wir dies viel zeitnaher aufgleisen.

Das Sprichwort «Reden ist Silber, Schweigen ist Gold» ist kompetent auszuhalten, wie die Fragestellerin meint, aber das will auch hart trainiert sein bei einem an sich offenen Naturell meinerseits und in einem Umfeld, das das Sprichwort manchmal lieber umgekehrt sähe.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Da sich die beiden nächsten Fragen auf dasselbe Thema beziehen, werden sie vom Stadtpräsidenten zusammen beantwortet.

Gemeinderat Christian Mader (EDU): Umgang mit dem Genderstern und ähnlichen Schreibweisen in den deutschsprachigen Texten der Stadtverwaltung: Die Bundeskanzlei hat am 15. Juni 2021 eine Weisung erlassen, wie das Anliegen einer gendergerechten Sprache in deutschsprachigen Texten umgesetzt werden kann. Daraus ist ersichtlich, dass typografische Mittel wie der Genderstern, der Genderdoppelpunkt, Gender-Gap oder Gender-Mediopunkt nicht geeignet sind, diesem Anliegen gerecht zu werden. Zum einen leisten sie nicht, was sie leisten sollten und zum anderen verursachen sie eine ganze Reihe von sprachlichen Problemen. Ausserdem sprechen auch sprachpolitische und rechtliche Gründe gegen die Verwendung dieser Mittel. In den Texten des Bundes werden der Genderstern und ähnliche Schreibweisen deshalb nicht verwendet. In der Thurgauer Zeitung vom 10. August 2021 war zudem zu lesen, dass auch die Thurgauer Staatskanzlei Genderstern, Lücke und Doppelpunkt verbannt. Es ist als ideologischer Un-

sinn betitelt worden. Ist die Stadtkanzlei Frauenfeld ebenso wie Bund und Kanton bereit, auf die offensichtlich verwirrenden typografischen Mittel wie Genderstern, Genderdoppelpunkt, Gender-Gap und Gender-Mediopunkt zu verzichten?

Gemeinderat Ralf Frei (SP): Ich habe mir so Mühe gegeben, die Frage neutral zu formulieren, daher lese ich sie jetzt auch noch vor. Die kantonale Verwaltung hält nichts von optischen Mitteln zur geschlechtsneutralen Sprache wie Genderstern, Gender-Gap oder Doppelpunkt und hat klare Regeln dazu aufgestellt. In der städtischen Verwaltung stelle ich unterschiedliche Handhabungen fest. Meistens wird auf solche Mittel verzichtet. Bei den Stellenanzeigen werden allerdings teilweise Gendersterne eingesetzt, teilweise die männliche und weibliche Form verwendet und vereinzelt die Abkürzung m/w/d nachgestellt. Das verwirrt. Hat die Stadt Frauenfeld eigene Richtlinien in diesem Bereich? Wenn ja, welche? Und wenn nein, wäre der Stadtrat bereit, solche einzuführen?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Sprache, das ist ein dynamisches Geschehen. Die Sprache ist nicht einmal fixiert und bleibt immer gleich. Zum Glück nicht, sonst würden wir noch irgendein Kauderwelsch reden, was wir in der heutigen komplexen Welt wohl nicht mehr verwenden könnten. Die Debatte oder die Diskussion um eine geschlechterneutrale Sprache halten wir durchaus für wichtig und auch für richtig. Allerdings treibt sie tatsächlich zum Teil seltsame Blüten. Wie schreiben Sie beispielsweise «der Gemeinderat» geschlechtsneutral? «Die Gemeinderatenden» wäre wohl nicht das richtige. Es gibt Bezeichnungen, für die es schlicht keine Partizipialform gibt. Insofern ist es verständlich, dass sich anstelle der oft umständlichen geschlechtergerechten Paarformen, die wir verwenden, die den Lesefluss stören und Texte aufblähen, der Genderstern oder der Gender-Gap oder der Genderdoppelpunkt eingebürgert haben. Der Stadtrat begrüsst aber die Richtlinien des Bundes und des Kantons sehr, da sie ein starkes Zeichen setzen und Klarheit bringen. Grundsätzlich sollen diese Richtlinien auch in die Korrespondenz der Stadt einfließen. Ein Leitfaden für die gendergerechte Sprache, der sich stark an die Richtlinien des Kantons und des Bundes anlehnt, ist in Arbeit. Gleichzeitig wird die Stadt auch einen Leitfaden für eine einheitliche Schreibweise erarbeiten, der künftig allen Mitarbeitenden abgegeben werden soll. Das Personalamt richtet sich nach dem Leitfaden Stellenausschreibung, den die Universität Zürich 2018 herausgegeben hat. Diese enthält Empfehlungen für einen geschlechtergerechten Sprachgebrauch und ist speziell auf die Bedürfnisse von Personalämtern ausgerichtet. Zum Schluss noch dies: Übrigens die korrekte genderneutrale Form für «der Gemeinderat» wäre wohl «die Mitglieder des Gemeinderats».

Gemeinderat Ralf Frei (SP): Kommentare auf Social Media werden ab und zu durch Stadtratsmitglieder beantwortet. Also das sind Kommentare zu Posts der Stadt. Daher möchte ich gern wissen: Werden persönliche Social-Media-Kanäle von Stadtratsmitgliedern auch durch die Kommunikationsabteilung der Stadt bewirtschaftet? Werden Antworten durch die Kommunikationsabteilung vorbereitet und durch die Stadtratsmitglieder gepostet oder ist die Abteilung in solchen Fällen nicht involviert?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Persönliche Social-Media-Kanäle von Stadtratsmitgliedern werden nicht durch die Kommunikationsabteilung der Stadt bewirtschaftet. Weder die persönlichen Accounts noch persönliche Social-Media-Kanäle. Beides sind private Aktivitäten der Stadträtinnen und Stadträte, die mit der Arbeit der Kommunikationsverantwortung der Stadt nichts zu tun haben. Werden aber Antworten durch die Kommunikationsabteilung vorbereitet und dann gepostet, will ein Stadtrat oder eine Stadträtin zu einer Frage, die sein bzw. ihr Departement betrifft, direkt Stellung nehmen, so ist ihm oder ihr das freigestellt. Er oder sie braucht dazu nicht die Einwilligung der Abteilung Kommunikation, ebenso ist es seine oder ihre Entscheidung, ob er oder sie die Antwort zuerst der Abteilung Kommunikation zur Prüfung unterbreitet oder diese in Zusammenarbeit mit der Abteilung Kommunikation verfassen lässt. Beides ist möglich, wenn es Fragen sind, die die Stadtverwaltung und ihre Betriebe betreffen.

Gemeinderätin Karin Gubler (CH): Mich interessiert, wie es um den COVID-Fonds der Stadt steht. Wie viele Projekte aus welchen Bereichen konnten vom Fonds profitieren? Wie viel Geld wurde bis anhin ausbezahlt? Wurden bzw. werden noch immer viele Anträge eingereicht oder ist die Gesuchshürde zu hoch, um einen niederschweligen Zugang zu ermöglichen?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Der COVID-Fonds wurde ja dieses Frühjahr geschaffen und trat rückwirkend per 1. Dezember 2020 in Kraft. Wir haben den Stadtrat am 20. April und am 26. April auch die Medien über den Zwischenstand der bis dahin geleisteten Beiträge und der Arbeiten orientiert. Gern aktualisiere ich dies hier. Wir hatten bisher sechs Fachjursitzungen und haben dabei 29 eingereichte Gesuche behandelt mit einem totalen ersuchten Betrag von 862'000 Franken. Wir haben von diesen 29 Gesuchen 21 positiv beantwortet und 8 abgelehnt, weil sie den Kriterien nicht entsprachen. Die auszuzahlende Summe beträgt 371'000 Franken. Bis jetzt ausbezahlt, weil Rechnungen eingegeben wurden, die es auszuzahlen gilt, sind 136'000 Franken. Die Betriebe, die Gesuche gestellt haben, kamen aus der Gastronomie, aus dem Detailhandel, es waren auch Vereine dabei, und dann aus diversen anderen Branchen, aber vor allem Gastronomie, Detailhandel und Vereine. Meistens handelt es sich um Mikrounternehmen, also zwischen 1 bis 9 Mitarbeitende. Es sind nur wenige Anfragen von Unternehmen zu verzeichnen, die Fragen zu Gesuchen haben und danach nichts einreichen. Also wer bei uns anfragt, reicht meistens auch ein Gesuch ein. Er oder sie wird persönlich beraten und die Möglichkeiten werden besprochen, ob sie reglementsconform sind oder nicht. Diejenigen, die kein Gesuch einreichen, tun das, weil es nicht dem Reglement entsprechen würde. Wir haben diesen Weg als Gesetzgeberinnen und Gesetzgeber gewählt, um innovative Geschäftsideen, die eine gewisse Kreativitätskompetenz erfordern, fördern zu können. Das ist eine Hürde in sich, aber sie scheint nicht unüberwindbar angesichts der Zahlen, die wir haben.

Gemeinderat Michael Pöll (GP), in Vertretung von Gemeinderat Roman Fischer (GP): Einführung Qualitätsmanagementsystem und departementsübergreifende kontinuierliche Verbesserungsprozesse: Alt-Gemeinderat Robin Kurzbein hat das Thema Qualitätsmanagementsystem und departementsübergreifende kontinuierliche Verbesserungsprozesse anlässlich der Fragestunde vom 19. September 2018 aufgeworfen und wir konnten erfahren, dass die Stadt zwar ein Qualitätsmanagementsystem ab Ende 2018 im Rahmen der Legislatorschwerpunkte 2015 bis 2019 einführen wird, aber dieses System keinen Namen hat, das heisst, kein allgemein bekanntes System sein wird. Im Zusammenhang mit einer möglichen Zertifizierung der Berufsbeistandschaft, welche wir in der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen diskutiert haben, kam die Frage nach einem generellen Qualitätsmanagementsystem der Stadt Frauenfeld auf. Warum nur die Berufsbeistandschaft zur kontinuierlichen Verbesserung ziel- und kundenorientierter Arbeit etc. verpflichtet? Eventuell brodelt es bereits an einer anderen Stelle, wo ein Qualitätsmanagementsystem ebenfalls hilfreich wäre. Wie ist der Stand der Einführung eines Qualitätsmanagementsystems und insbesondere des departementsübergreifenden kontinuierlichen Verbesserungsprozesses der Stadt Frauenfeld? Welches System wurde eingeführt? Existiert eine Dokumentation wie Handbücher, Prozessgrafiken oder Ähnliches dazu? Welche Erfahrungen wurden damit gemacht? Wie viele Verbesserungsmöglichkeiten wurden festgestellt? Wie viele Verbesserungsmassnahmen wurden bereits wirksam umgesetzt?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Zunächst einmal etwas Grundsätzliches: Ich habe persönlich gute Erfahrungen gemacht als Geschäftsführer der Stiftung Zukunft Thurgau und als Direktor vom Sozialversicherungszentrum mit Qualitätsmanagementsystemen, die ich dort jeweils selber auch eingeführt habe. Darum auch mein Wunsch, als ich ins Stadtpräsidium gewählt wurde, auch für die Stadt ein solches Qualitätsmanagement aufzubauen. Das hat dann Eingang gefunden in die Zielsetzungen der Legislatur 2015 bis 2019, unter anderem weil es einen KVP, einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess enthält, weil es hilft, Risiken zu erkennen und dann

auch zu bearbeiten, und weil es ermöglicht, anderen Mitarbeitenden transparent zu machen, was jeweils die andere Abteilung macht.

Ein Qualitätsmanagementsystem besteht zur Hauptsache aus drei Elementen. Es sind die sogenannten unterstützenden Prozesse, die Kernprozesse und die Führungsprozesse, die idealerweise in kontinuierlichen Verbesserungsprozessen gestaltet und mit einem IKS, einem internen Kontrollsystem zum Ausschluss von Risiken verbunden werden. Viele dieser Prozesse sind durch Software gesteuert, vor allem bei den Kernprozessen und den unterstützenden Prozessen. Je einheitlicher, also je klarer umfasbar der Auftrag eines Unternehmens ist, umso einfacher ist es, die Prozesse zu gestalten. Je diverser jedoch das Unternehmen umso schwieriger. Die gängigen Systeme heissen ISO 9000, 9004 oder was auch immer im Bereich von Gewerbe und Industrie oder EduQua bei Bildungsinstitutionen. Es zeigt aber genau auch auf, wo solche Qualitätsmanagementsysteme zu Hause sind. Sie sind zu Hause in der Industrie, im Gewerbe, in Bildungsinstitutionen.

Nun, die Stadt ist nichts von allem oder alles zusammen. Die Stadt Frauenfeld ist ein – erlauben Sie mir den Ausdruck – Gemischtwarenladen. Dieser hat etwas von einem Gewerbe, etwas von einem Heim, etwas von einer sozialen Institution, etwas von einem Dienstleistungsbetrieb und auch etwas, nämlich ziemlich viel von einem Verwaltungsbetrieb. Mit anderen Worten: Ein die ganze Stadt umfassendes Qualitätsmanagementsystem mit diesen drei genannten Elementen zu realisieren, ist mit einem sehr grossen Aufwand – wenn überhaupt möglich – verbunden. Nicht zuletzt deshalb, weil in allen Ämtern Elemente davon bestehen, vorab bei den unterstützenden und den Kernprozessen und diese in unterschiedlichen IT-Programmen laufen. Beim Sozialversicherungszentrum haben wir unter Einsatz von sehr, sehr viel Geld, also gesamtschweizerisch 200 Millionen Franken, ein einheitliches IT-System für 17 Kantone erarbeitet, 7 weitere wollten ein anderes System. Und das hat dann auch ein paar Hundert Millionen Franken gekostet, um ein einheitliches IT-Programm zu haben. Und wir haben in jedem Amt oder in vielen Ämtern ein anderes. Daher hat der Stadtrat sich entschieden, das QMS nicht auf einen Schlag flächendeckend einzuführen, sondern in einem Pilotamt damit Erfahrungen zu sammeln. Als Pilotamt war zuerst die Stadtkanzlei gedacht, später stellte sich dann heraus, dass es ideal wäre, wenn es das Finanzamt wäre, weil beim Finanzamt wichtig ist, ein IKS, ein internes Kontrollsystem, zu haben, das von der Revision gefordert wird. Ein solches ist am besten mit einem QMS kombinierbar. Das Projekt hat man also aufgegeben und die Stadtkanzlei hat sich für die Lösung der BDO AG entschieden. Diese Software heisst TopEase und wird gemäss Anbieter bisher bei Banken eingesetzt, muss für die Stadt Frauenfeld also speziell angepasst werden. Da insbesondere das Finanzamt das IKS benötigt, ist dieses Amt jetzt daran, die Einführung eines IKS-QMS anzugehen. In aufwendigen Sitzungen konnten in den letzten zwei Jahren die Prozesse im Finanzamt aufgezeichnet und im System abgebildet werden, im Anschluss erfolgten die Definitionen der Schlüsselkontrollen und nach anfänglich gutem und zügigem Start ist das Projekt jetzt aber aus verschiedenen Gründen ins Stocken geraten. Der vordefinierte Zeitplan war zu knapp, wie sich jetzt herausstellt. Die Budget- und Abschlussperioden binden sehr viele Ressourcen im Finanzamt, sodass nur die kurzen Zwischenzeiten für die Projektarbeiten zur Verfügung stehen. Da das System nur durch die BDO bedient wurde, fehlt auch das Know-how im Finanzamt, um daran weiterzuarbeiten. Also man muss es immer extern geben. Unbefriedigende Performance gibt es auch. Insgesamt befinden sich einige Steine auf dem Weg, um da Erfolg zu haben. Das System ist zumindest mit dem heutigen Kenntnisstand sehr komplex, was nicht verwundert bei der komplexen Situation der Stadt. Und wie mit diesem System gearbeitet werden soll, ist noch unklar. Die Angelegenheit dürfte dann noch komplexer werden, wenn die ämterübergreifenden Prozesse abgebildet werden sollen. Das Finanzamt setzt alles daran, möglichst bald einen Projektstand zu erreichen, welcher weitere Entscheide ermöglicht. Eine Erweiterung auf andere Ämter dürfte frühestens im Sommer 2022 möglich sein. Einfach damit man keine Angst hat bezüglich des Finanzamts, was das IKS betrifft, beim Aufzeichnen der bestehenden Prozesse des Finanzamts wurden diese zugleich betreffend Risiken analysiert. Anpassungen in den Prozessen

mussten praktisch keine vorgenommen werden, die inhärenten Risiken sind, wo zweckmässig, bereits in den Schlüsselkontrollen, die heute existieren, platziert und werden dort auch gemacht. Eben weil sie IT-gestützt sind und dort diese Kontrollen laufend geschehen. Aus Sicht des Finanzamts fehlen zur Bestätigung des IKS noch eine Dokumentation sowie die Berichterstattung. Das ist das, was noch gemacht werden muss. Ein QMS ist aber gesetzlich nicht vorgeschrieben für das Finanzamt.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Eine kurze Nachfrage: Ich höre aus der Antwort von Stadtpräsident Stokholm heraus, dass dieser Prozess noch nicht ins Laufen gekommen ist.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Es gibt ämterübergreifend noch keinen KVP, das ist richtig.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP): Ich darf Ihnen eine Frage aus der Bevölkerung stellen. Ich wurde gebeten, diese weiterzutragen, damit die Bevölkerung eine Antwort bekommt. Die Frage lautet folgendermassen: An wen oder an welche Stelle können sich Mitarbeitende der städtischen Betriebe wenden, wenn sie am Arbeitsplatz oder privat Probleme haben, die sie nicht mit ihrem direkten Vorgesetzten ansprechen können oder ansprechen möchten?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich freue mich darüber, dass die Bevölkerung offenbar aus guter Sorge für die Mitarbeitenden diese Frage stellt. Mitarbeitende dürfen sich bei privaten oder arbeitsplatzbezogenen Problemen natürlich an das Personalamt der Stadt Frauenfeld wenden, sofern sie die vorgesetzte Person nicht ansprechen wollen oder nicht ansprechen können. In Bezug auf die Themen sexuelle Belästigung, Mobbing und Diskriminierung stehen zusätzlich externe Ansprechpersonen für drei kostenlose Beratungen zur Verfügung. Das ist Dr. Felix Helg, Beratung und Coaching hier in Frauenfeld sowie die Infostelle Frau und Arbeit mit Sitz in Weinfelden. Die Stadt Frauenfeld prüft zurzeit eine Zusammenarbeit mit einer externen Firma, diese unterstützt Unternehmen in der betrieblichen sozialen Arbeit. Die Mitarbeitenden können sich, sofern die Zusammenarbeit Zustandekommen wird, kostenlos, telefonisch, online oder persönlich für Beratungen zu betrieblichen, persönlichen, gesundheitlichen, finanziellen und eingliederungsspezifischen Themen an diese externe Stelle wenden. Wir prüfen das und werden das ggf. auch entsprechend aufgleisen.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP): Ich danke Ihnen für die Beantwortung der Frage. Ich finde das eine sehr erfreuliche Antwort. Ich habe eine Folgefrage. Wie wird das den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kommuniziert? Haben sie Kenntnisse über diese Möglichkeiten oder besteht hier allenfalls eine Lücke?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Die Mitarbeitenden werden zu Beginn ihrer Anstellung darüber informiert. Es ist auch auf der einschlägigen Mitarbeiterseite einsehbar, aber durchaus möglich, dass wir da noch etwas aktiver oder proaktiv kommunizieren können.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP): Als Frischpensionierter freue ich mich jeweils sehr über Mails der Pensioniertenbetreuung meines ehemaligen Arbeitgebers. Sei es für Treffen, dies kann gesamt oder regional sein, wobei das bei der Stadt Departement oder Abteilung begleiten würde, oder für Hinweise auf interessante Veranstaltungen, teilweise mit Vergünstigungen. Wie wird die Pensioniertenbetreuung bei der Stadt Frauenfeld gehandhabt? Sieht der Stadtrat Optimierungspotenzial?

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ja, wir sehen Optimierungspotenzial. Das wäre jetzt die Kurzform gewesen, aber ich führe gern noch ein bisschen aus. Das Thema Pensionierung ist tatsächlich seit einiger Zeit auf der Pendenzenliste des Personalamts. Dies betrifft zum einen die Vorbereitung von Mitarbeitenden auf die Pensionierung, zum anderen aber auch das von Ihnen

angesprochene Mitnehmen von Pensionierten. Wir sehen uns hier in der Pflicht als Arbeitgeberin und wir sehen auch etwas Potenzial dabei, denn ehemalige pensionierte Mitarbeitende haben aus ihrem ehemaligen Fachbereich grosse Erfahrung und Kenntnis der Stadt und im Rahmen der Aktivitäten des Amts für Alter und Gesundheit werden natürlich auch die Pensionierten der Stadt eingeladen, sofern sie in Frauenfeld wohnen. Ein spezifisches Angebot gibt es neben dem zweijährlichen Personalanlass jedoch noch nicht.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), in Vertretung von Gemeinderätin Salome Scheiben

(CH): Den Weg von Stuhl hierher habe ich zu Fuss gemacht, ich hätte auch ein Trottinett nehmen können. E-Trottis – manche freuen sich, viele ärgern sich. E-Trottis sind zurück in Frauenfeld. Mich interessiert, ob nebst den Trottis auch der Rubel rollt. Wie sieht der ganze Plausch in Zahlen aus? Verdient die Stadt mit den Trottis etwas oder zahlt sie im Gegenteil gar noch drauf, weil die Trottis beispielsweise eingesammelt und gewartet werden müssen? Wie sieht die Rechnung im Hinblick auf den ÖV aus? Nutzen weniger Leute den Stadtbus, weil sie aufs Trotti umsteigen? Was kam beim Pilotversuch genau heraus? Was erhofft sich die Stadt aus dem zweijährigen Versuchsbetrieb?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Die E-Trottinette sind in erster Linie ein Angebot der Firma Voi, welche für die Nutzung des öffentlichen Raums an die Stadt Frauenfeld eine Jahresgebühr von 4'000 Franken bezahlt. Noch eine Erläuterung aus der politischen Diskussion aus dem Stadtrat, nicht aus der fachlichen Sicht: Die Stadt hat ja die Möglichkeit, einen Versuch zu begleiten, also einen Pilot oder sie hätte die Möglichkeit, es nicht zu machen. Der Vorteil ist, wenn wir es begleiten, können wir auf die Unternehmen Einfluss nehmen, sonst kommen sie, wir haben keine Regelung und keine Kontaktdaten. Für das Einsammeln und Warten der Fahrzeuge ist der Anbieter verantwortlich, dies wurde am 29. Juni 2021 in der Thurgauer Zeitung erläutert. Die ganze Koordination und allfälliger Mehraufwand wird vom Werkhof gedeckt, dafür bekommt er 50 Franken, wenn er ein Trottinette einsammeln oder holen muss. Dort ist auch noch eine Kautions hinterlegt, falls das Unternehmen nicht mehr zahlungsfähig wäre. Aber wir machen da auch eine konstruktive Zusammenarbeit. Die Auswirkungen der E-Trottinette auf den ÖV und Stadtbus können wir noch nicht bewerten, der Pilotversuch fand 2020, also während der Pandemie statt. Diese hat sich bekanntlich stark auf die Passagierzahlen im ÖV ausgewirkt und Vergleiche mit früheren Jahren sind entsprechend nicht aussagekräftig. Das Gleiche gilt beim Stadtbus. Der Pilotversuch hat gezeigt, dass eine Nachfrage nach einem Sharing-Angebot in Frauenfeld vorhanden ist. Negative Aspekte und Rückmeldungen sollen aber als Input für Verbesserungen für den Betrieb genutzt werden und werden auch genutzt. Um Unsicherheiten wie zum Beispiel die Auswirkungen der Pandemie auf das Nutzverhalten oder Optimierungspotenziale über einen längeren Zeitraum hinweg betrachten zu können, wurde der verlängerte Versuchsbetrieb bewilligt.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Aus meiner Sicht ist es sinnvoll, dass ihr das Bedürfnis oder das Marktangebot proaktiv aufgenommen habt und euch nicht überrollen lassen habt, wie es in grösseren Nachbarstädten teilweise passiert ist.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), in Vertretung von Gemeinderätin Salome Scheiben

(CH): In der Tagesschau vom 12. Juli 2021 kam ein Beitrag über eine Greenpeace-Studie, wobei es um Mehrweggeschirr ging. Basel und Bern seien diesbezüglich gut unterwegs, ganz anders sehe es in Zürich aus und eben auch in Frauenfeld, welches gemeinsam mit Zürich, Chur, Schaffhausen und Zug den letzten Platz belegt. Was gedenkt die Stadt zu tun, um Abfall zu vermeiden und vermehrt Mehrwegpackungen und -geschirr zum Einsatz zu bringen?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Wir haben die Vergleichsstudie zur Kenntnis genommen. Einige Städte sind der Einladung von Greenpeace gefolgt, andere antworteten nicht und fehlten im Vergleich. Es gab bei der Studie ganz verschiedene Beurteilungspunkte, so haben wir

zum Beispiel beim Punkt Personalrestaurants die Note 1 erhalten, obwohl wir gar keines führen. Unabhängig von der Studie haben wir in Frauenfeld dem Thema Mehrweg noch nicht gesamtgesellschaftlich Aufmerksamkeit geschenkt. Deshalb fehlen uns diesbezüglich klare Regeln und wir sind noch kein Vorzeigebeispiel. Bei grösseren Veranstaltungen wie dem Openair Frauenfeld oder dem Mitenandfest hingegen wird bereits heute mittels unserer Bewilligung der Einsatz von Mehrweggeschirr mit Pfand eingefordert. Künftig gilt es aus unserer Sicht zu unterscheiden zwischen (1) Veranstaltungen auf unseren eigenen Anlagen, (2) Veranstaltungen auf öffentlichem oder privatem Grund, welche von der Stadt bewilligt werden müssen (3) Events im kommerziellen Bereich und (4) kommerzielle Bereiche wie Take-aways oder Kantinen. Das Thema Kreislaufwirtschaft wird stadintern im November mit einem Input-Workshop angestossen. Eine übergeordnete Mehrwegstrategie mit Reduktionszielen oder eben auch Anreizsystemen könnte ein Teilprojekt dieser Arbeitsgruppe sein. Generelles Ziel wird es künftig sein, Anreize für vermehrten Einsatz von Mehrwegverpackungen und -geschirr zu schaffen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Besten Dank für diesen Ausblick. Spontan eine Idee für den COVID-Fonds, für die Vertreter/innen des Pizzagewerbes. Das wäre doch eine Idee, Mehrweggeschirr für Pizzas einzuführen, das in allen Pizzerien der Stadt genutzt und zurückgebracht werden kann.

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH): Ich habe eine Frage zur Gleichbehandlung von Bauherrschaften in Bezug zu Abstellplätzen. Dem Kurzprotokoll der Stadtratssitzung vom 8. Dezember 2020 ist zu entnehmen, dass für den Bau des Holzkraftwerks für die zu erstellende Anzahl Parkplätze eine massgebliche Abweichung von der Anzahl Pflichtparkplätzen genehmigt worden ist. Anstelle der gesetzlich vorgeschriebenen 46 Parkplätzen haben lediglich deren 8 erstellt werden müssen. Gemäss Protokoll konnte die Gesuchstellerin, die Energie 360° AG und die Schweizer Zucker AG, glaubhaft darlegen, dass die geplanten 8 Abstellplätze den effektiven Bedarf an Abstellplätzen für den Gewerbebau abzudecken vermögen. Diese pragmatische Vorgehensweise freut mich natürlich sehr. Mich würde darum interessieren, ob private Bauherrschaften von Wohnbauten das gleiche Entgegenkommen erwarten dürfen, falls sie glaubhaft darlegen können, dass ihre Liegenschaft mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen bzw. in Bahnhofsnähe gelegen ist und die Wohnungen in erster Linie an eine Mieterschaft ohne eigene Automobile vermietet werden sollen?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Eine Wohnbaute ist mit einer Industriebaute nicht zu vergleichen, da wird mit verschiedenen Ellen gemessen. Das kann man so sehen, aber Industrie- und Wohnbauten sind nicht gleich. Es sind auch nicht alle Industriebauten gleich. Die Anlage der Energie 360° AG ist eine vollautomatische Anlage, die auf einer relativ grossen Fläche mit wenig Personal betrieben wird. Vergleichen Sie das mit einem Schirmproduzenten Glatz, der auch als Industriebetrieb gilt und viel Handarbeit hat. Das kann man nicht vergleichen. Es ist auch so, bei dem Bauvorhaben dieser beiden Unternehmen wurde die Gebäudelänge verlängert. Vom Stadtrat wurde eine Sonderbewilligung erteilt und ohne Einsprache gutgeheissen, dass bei der Gebäudelänge Abweichungen vom Baureglement vorgenommen werden konnten, damit die Anlage optimal genutzt werden kann. Wir können also nicht Industrie mit Wohnbauten vergleichen. Wir schauen jede Anfrage an, ob man eine Ausnahme machen kann oder nicht. Aber ich sage es so, jede Baustelle ist anders und jedes Baugesuch ist anders und das braucht auch von den Mitarbeitenden des Hochbauamts, die diese bearbeiten, ein gutes Fingerspitzengefühl, dass sie diese konkreten Fragen dem Vorgesetzten und letztlich dem Stadtrat vorlegen können. Somit abschliessend: Industrie- und Wohnbauten haben nicht die gleichen Bedürfnisse und bei Industriebauten ist die Vielfalt im Vergleich zu Wohnbauten noch viel breiter.

Gemeinderätin Anita Bernhard-Ott (CH): Eine kleine Nachfrage: Ich verstehe das natürlich, dass Wohnbauten und Industriebauten nicht dasselbe sind. Aber dementsprechend wäre es vielleicht auch interessant, wann wir mit dem überarbeiteten Abstellplatzreglement rechnen dürfen.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Auf diese Frage habe ich gewartet. Ich habe dazu im Gemeinderat einmal etwas gesagt und damals keinen Applaus geerntet. Ich sage 2022. Und 2022 ist 2022 und mehr sage ich nicht dazu. Ich bin genug lange in der Politik und in der Exekutive, um zu wissen, dass ich keine Monate nenne.

Gemeinderat Stefan Vontobel (FDP): Bei meiner Frage geht es um die Erhöhung des Verkehrsflusses, weniger Stauzeit dank Fussgängerampeln. Uns allen ist es bestens bekannt, dass in Frauenfeld während der Hauptverkehrsstosszeiten im Perimeter des Rathausplatzes bei den Kreiseln Postplatz und Holdertor ein Verkehrsrückstau entsteht. Die Verlustzeit im abendlichen Spitzenverkehr beträgt gemäss Fachbericht Mobilität 2030 im Durchschnitt 4 Minuten. Im Bereich des Rathausplatzes gibt es insgesamt 6 Fussgängerstreifen ohne Regelbetrieb. Würden diese Fussgängerstreifen mit Signalanlagen ausgestattet, müsste dies aus meiner Sicht zwangsläufig den Verkehrsfluss erhöhen, wenn auf einer Strecke von ca. 200 Metern die jederzeitige Überquerung – ich betone jederzeitige – zu Hauptverkehrsstosszeiten mittels eines Leitsystems eingeschränkt würde. Das wäre dann die grüne Welle in Frauenfeld. Die Umsetzung einer solchen Massnahme ist kostentechnisch abschätzbar und die zeitlichen Einschränkungen für Fussgänger aus meiner Sicht vertretbar. Ein homogener Verkehrsfluss und weniger Stop&Go würde auch automatisch den CO₂-Ausstoss reduzieren. Frage: Wurde dies je in Erwägung gezogen und mit Verkehrsspezialisten des Kantons geprüft? Wenn ja, was sind mögliche Erkenntnisse? Wenn nein, gibt es Erwägungen oder Gründe, warum dies noch nicht geprüft wurde?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Ich drehe das Rad wieder einmal ein paar Jahre zurück. Im Rahmen von Konzepten und Projekten des Agglomerationsprogramms 1, 1. und 2. Generation wurden Auswirkungen von Fussgängerstreifen auf den Verkehrsfluss im Bereich der Innenstadt betrachtet. Dabei bestätigte sich die Annahme, dass der Verkehrsfluss des motorisierten Individualverkehrs vor allem bei tröpfchenweiser Querung und Zufussgehenden bei den Kreiseln verzögert wird. Eine Lichtsignalanlage würde die Querenden punktuell über die Strasse führen und den Verkehrsfluss des motorisierten Individualverkehrs tendenziell verbessern. Dies ginge aber einher mit einem Qualitätsverlust des Fussgehenden, verbunden mit einem zeitlichen Verlust. Dies würde gerade in der Innen- und Altstadt zu einer Verminderung der Attraktivität für die Fussgehenden führen. Im Rahmen des Gesamtbilds resp. in den daraus resultierenden Projekten wird das Thema Verkehrsfluss von allen Verkehrsteilnehmenden betrachtet und es werden dazu Positionen getroffen werden müssen. Wir schauen das mit dem Gesamtbild nochmals an, es sind 14 Jahre ins Land gezogen. Sie haben es mir einmal persönlich erläutert, ich danke auch für die Frage dazu. Es stellt sich schon die Frage, was Vorrang hat. St. Gallen hatte ein solches Schema in den 90er-Jahren, das weiss ich noch.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP): An immer mehr Orten ist es möglich, mit einem Wohnmobil oder einem Campingbus zentrumsnah an einem Ort mit einigen wenigen Stellplätzen, also nicht einem ganzen Campingplatz, eine Nacht zu verbringen. Ideal dafür sind etwas grössere Parkfelder mit Zugang zu WC-Anlagen, wobei Letzteres nicht zwingend ist. Dies bringt den Vorteil, dass Touristen etwas länger in der Stadt verweilen und insbesondere auch die Gastronomie besser berücksichtigen können. An welchen Orten in Frauenfeld könnte sich der Stadtrat dies auch vorstellen? Auch der normale Campingplatz sollte meines Erachtens besser beschildert werden. Was meint der Stadtrat dazu? Eine Stadt wie Frauenfeld sollte auch einen Ort haben, an dem Camping-WCs entleert werden können. Und ja, das gibt es. Aber wieso ist das nicht bekannt, formell richtig und einfach geregelt?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Ein ähnliches Begehren wurde vor etwa sieben oder acht Wochen aus der Bevölkerung bereits gestellt. Wir haben uns dem auch angenommen. Dem Stadtrat sind die neuen Entwicklungen im Zusammenhang mit Stellplätzen für Wohnmobile nicht entgangen. Aus diesem Grund wurden bereits Entwicklungsmöglichkeiten des Campingplatzes

erörtert – das läuft schon länger und wurde in die laufende Freiraumplanung Murg, wie sie budgetiert wurde, eingebracht. Zudem wird eine technische Machbarkeit für Stellplätze auf dem Badiparkplatz geprüft, natürlich in Zusammenarbeit mit dem Departement meines Stadtratskollegen Fabrizio Hugentobler. Die Entleerung der Wohnmobile kann in der ARA stattfinden. Dass dies nicht bekannt ist, liegt wahrscheinlich am nicht optimalen Tourismusauftritt im Kanton Thurgau und an der fehlenden Bekanntheit des Bedürfnisses von Wohnmobilentleerungen. Aber wir können da auch besser werden, wir nehmen das gern mit.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP): Vielleicht zum letzten Teil: Wenn man in der ARA steht, weiss man nicht, dass man das dort machen darf, denn es ist ganz anders formuliert. Ich denke, wenn man den Ort schon gefunden hätte, wäre es doch cool, man wüsste auch, dass das legal stattfinden kann.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP): Zum Thema Stadtbusbeschaffung und zu künftigen Antriebsmitteln: Wird der Stadtrat bei künftigen Busbeschaffungen auf alternative Antriebsmittel setzen und damit den Lärm- und Abgasemissionen, also der Vorbildfunktion der Stadt angemessene Rechnung tragen? Welche Antriebsmittel kommen in diesem Kontext infrage und ab wann wird die ganze Flotte damit ausgestattet?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Die Stadtbusverwaltung hat im Vorfeld zur neuen Ausschreibung betreffend Stadtbustransportauftrag eine Traktionsstudie – die im Budget 2019 budgetiert wurde und auch gewissen Fraktionen vorgestellt wurde – erarbeitet. Im Rahmen dieser Studie wurden die unterschiedlichen Antriebsarten und ihre Vor- und Nachteile für den Einsatz in Frauenfeld untersucht und eine ausführliche Bewertung der ökonomischen und ökologischen Auswirkungen vorgenommen. Der Stadtrat hat gemäss Empfehlung der Studie die Absicht, künftig auf E-Busse (Depotlader) zu setzen und damit seiner Vorbildfunktion Rechnung zu tragen. Es besteht die Absicht, bereits Ende 2023 erste E-Busse zu beschaffen und die Flotte schrittweise zu elektrifizieren. Da sind wir in Zusammenarbeit mit dem Kanton. Eine rasche, komplette Elektrifizierung der Stadtbusflotte ist aufgrund der fehlenden Infrastruktur – Bedarf neues Stadtbusdepot – und der aktuell noch nicht garantiert ausreichenden Reichweite der E-Busse noch nicht zweckmässig. Die Entwicklung der E-Busse wird ihren Fortschritt nehmen, aber wir werden auch bei der Ladung dieser Busse vor einer grossen Herausforderung stehen, wie wir das lösen können, da werden wir auf die Experten von Thurplus zurückgreifen müssen.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP): Das eine sind die ökonomischen Aspekte, also was ein Ersatz des Depots und ein Ersatz der Busse kosten würde. Dagegen abzuwägen sind eben die Vorbildfunktion der Stadt und Emissionen in der Stadt. Wie sehen sie die ökonomischen Aspekte versus die ökologischen Aspekte und die diesbezügliche Vorbildfunktion der Stadt?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Das ist eine Frage, die noch weitergeht. Es geht auch um die Fahrplanstabilität. Wenn der Stadtbus nur im Thurtal stattfinden würde, ginge das auch noch einfacher. Wir haben die Bergfahrten, wir dürfen den Winter nicht vergessen. Im Bereich der Batterietechnologie ist sehr viel in Entwicklung, daher ist es jetzt schwierig zu sagen, was in zehn Jahren sein wird. Ökonomisch und ökologisch muss das Gleiche stattfinden. Man kann nicht einfach etwas Extremes machen, das einem gut scheint. Ich kann das Beispiel bringen von Biogas. Vor 20 Jahren fanden das alle gut, heute gibt es bereits Label, die das nicht mehr so gut finden mit den Abgangprodukten. Die Erfahrung zeigt, ein Mitmachen, Mitentwickeln, aber nicht komplett und fundamental auf eine Karte setzen, ist die Lösung der Öffentlichkeit und nicht den sehr raschen Weg nehmen. Ich werde mich morgen mit anderen Stadträten austauschen. Schaffhausen macht das, ich werde mich mit Schaffhausen darüber austauschen, dann kann ich mit Ihnen auch bilateral darüber sprechen.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP): Zum Thema Abgasbelastung: Wie ist die Abgasbelastung an den stark publikumsfrequentierten Orten der Stadt nahe den Hauptstrassen? Frauenfelder essen gern draussen direkt an der Hauptstrasse, Promenade, Ecke Scharfes Eck, Molino. Sind da Messwerte vorhanden oder können solche Messungen veranlasst werden?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Die Überwachung der Luftqualität ist eine kantonale Aufgabe und wird seit 2001 durch OSTLUFT an 20 Stationen in der Ostschweiz vorgenommen. Die Messdaten von OSTLUFT stehen Interessierten zur Verfügung, dazu gibt es auch eine App. Ich habe sie auf meinem Smartphone. So auch die Daten aus den Stationen von Frauenfeld an der Bahnhofstrasse. Die Abgasemissionen sind da. Bei Regen wie dieses Jahr haben wir tiefere Werte, weil die Luft wieder gereinigt wird. Der Stadtrat rechnet nicht mit weiteren Messungen, weil ein Ort soweit ausreichen sollte. Es wäre aber möglich, zusätzliche Messungen an ausgewählten Orten durchführen zu lassen. Aber wir sehen das nicht vor.

Gemeinderat Christoph Tobler (SP): 30er-Zonen: Sind Pläne für mehr 30er-Zonen vorhanden? Wenn ja, wann und wo? Wenn nein, weshalb nicht?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Der Richtplan Verkehr, genauer der Teilrichtplan Strasse zeigt auf, wo der Stadtrat beabsichtigt, Tempo-30-Zonen einzuführen. Der Teilrichtplan Strasse ist im Internet auf der Stadtseite unter der Rubrik Richtpläne der Stadt Frauenfeld öffentlich einsehbar. In den Quartieren sind die im Richtplan vorgesehenen Tempo-30-Zonen weitgehend umgesetzt. Offen ist Tempo 30 in der Innenstadt, wo mit der Umsetzung einer verkehrlichen Stadtentlastung mit Tempo 30 vorgesehen ist, wenn eine Stadtentlastung vorgesehen wäre. Es ist immer noch im Richtplan, aber ich habe schon mehrmals in diesem Rat gesagt, dass eine Planung frühestens Anfang der 2030er-Jahre stattfinden wird, nach der Umsetzung der 1. und 2. Generation Agglomeration und Umsetzung Agglomerationsprogramm 5, sofern der Bund dieses gutheisst. Nach der Erarbeitung des Gesamtbilds wird auch die Überarbeitung des gesamten Richtplans Siedlung und Verkehr und damit auch der Teilrichtpläne Strasse anstehen, dann werden die Flächen von Tempo 30 wieder zum Thema.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Ich möchte darauf hinweisen, dass Gemeinderat Christian Mader die Sitzung aus beruflichen Gründen verlassen musste.

Gemeinderat Pascal Frey (SP): Meine Frage dreht sich um den Einsatz von Sole statt Salz im Winterdienst. Jegliche Werkhöfe haben für den Winterdienst statt der klassischen Salzstreuer neu nur Sole- oder Kombifahrzeuge im Einsatz. Mit der Sole können neben dem massiv tieferen Salzeinsatz auch andere Vorteile wie der präventive Einsatz genutzt werden. Wie sieht der Frauenfelder Werkhof den Einsatz von Sole und welche Mehr- bzw. Minderkosten würden sich ergeben?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Wir haben einen Winterdienst hinter uns, den wir wahrscheinlich 10 Jahre nicht mehr haben werden. Also ist das Salz vorhanden, wie das Salz in der Politik vorhanden ist. Das effektivste Streumittel ist das Streusalz. Der Vorteil ist, dass die Strassen relativ schnell wieder frei sind. Die Anwendung ist einfach und wird von unseren Einsatzleitenden je nach Wetterlage an allen Winterdienstfahrzeugen individuell vorgesehen. Möglichst wenig Salz, aber genug zur Verhinderung von Eisbildung. Der Werkhof der Stadt Frauenfeld beobachtet seit mehr als zehn Jahren die Anwendung von Sole in verschiedenen Gemeinden und Städten im Winterdienst. Es gibt zwei Einsatzmöglichkeiten. Die eine ist mit reiner Sole, Salzwasser mit mindestens 30 Prozent Anteil und kombiniert Sole mit Salz. Der Kanton Thurgau setzt auf Kantonsstrassen meistens die Kombination von Sole und Salz ein, nie reine Sole. Verschiedene Gemeinden haben teilweise auf Sole umgestellt, vor allem auf Gehwegen, nirgends flächendeckend. Das grösste Problem beim Soleeinsatz ist der Einsatzzeitpunkt. Brüht man die Sole zu früh, ist die Wirkung gering, im schlimmsten Fall muss nochmals ein Einsatz gefahren werden. Das verteuert

die Schneeräumung massiv. Bei grosser Feuchtigkeit besteht die Möglichkeit von Soleabschwemmung. Der wirksamste Einsatz ist bei einsetzender Eisbildung, da wirkt die Sole am schnellsten. Für die ausführenden Mitarbeiter ist kaum feststellbar, wie die Sole wirkt. Beim gestreuten Salz kann das jeder visuell überprüfen. Der Einsatz in Frauenfeld ist in verschiedenen Höhenzonen nicht zu unterschätzen. Was in der Stadt wirkt, reagiert in Höhe vom Spital nicht. Der grösste Minuspunkt sind die neuen Investitionen. Alle grossen Lastwagensalzstreuer müssten umgebaut oder ersetzt werden, für die Kleintraktoren müssten neu Zusatzausrüstungen geschaffen werden. Bei grossem Schneefall genügen die Soleeinsätze nicht mehr und müssten wieder auf Salzstreuer umgewechselt werden. Bei zusätzlichen Gerätschaften bräuchte es wieder mehr Einstellhallen, was zu höheren Grundkosten führen würde. Bei totaler Umstellung müsste auch in die Soleverarbeitungsanlage investiert werden. Geschätzte Kosten für die Umstellung und Investitionen über 500'000 Franken. Einsparungen maximal 30'000 Franken für weniger Salz. Der Werkhof wird aber dieses Jahr einen Versuch mit Sole starten, die Verantwortlichen werden einen Kleintraktor im Innenstadtbereich testen. Die Geräte werden gemietet und die Sole kann beim Frauenfelder Gewerbe bezogen werden. In den nächsten Jahren werden wir dann die neuen Erkenntnisse auswerten und weiterentwickeln, um so unseren Einwohnerinnen und Einwohnern einen optimalen Winterdienst zu bieten.

Gemeinderat Michael Pöll (GP): Meine Frage betrifft das Monitoring der CO₂-Emissionen in Frauenfeld. Da möchte ich dem Stadtrat vorgängig ein Lob aussprechen für den diesjährigen Geschäftsbericht. Wie in allen Jahren zuvor hat dieser mich ein weiteres Mal in seiner Fülle überzeugt und er zeigt mir auch immer auf, wie vielfältig die Tätigkeit der öffentlichen Hand ist. Was mich besonders freut ist, dass in diesem Jahr auf S. 62 erstmals die CO₂-Bilanz von Frauenfeld mit einer Grafik dargestellt wurde. Damit wurde einem Anliegen aus der Interpellation «Energie- und Klimastrategie Stadt Frauenfeld» entsprochen und die Fortschritte der Frauenfelder Klimapolitik können zukünftig verfolgt werden. Diese Grafik ist Gegenstand meiner Frage. 1. Warum enden die Zahlenreihen im Jahr 2018? Wird das Monitoring eventuell nicht mehr weitergeführt? 2. Da geht es darum, dass der Frauenfelder Energieverbrauch und die damit verbundene CO₂-Bilanz stark durch einige wenige Grossverbraucher wie zum Beispiel die Zuckerfabrik geprägt werden. Auf den Energieverbrauch dieser Verbraucher hat die Stadt keinen Einfluss. Das hat zur Folge, dass die stadträtlichen Bemühungen zur Klimawende in den Bereichen, wo sie Einfluss nehmen können, durch diese grossen Zahlen verzerrt werden. Darum meine Frage, ob in den zukünftigen Geschäftsberichten die Bilanz mit einer zusätzlichen Grafik ohne diese Grossverbraucher dafür inkl. Flugverkehr dargestellt werden könnte.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Die CO₂-Bilanz wurde im Herbst 2020 erarbeitet. Zu diesem Zeitpunkt waren noch nicht alle Kennzahlen für die Erstellung der CO₂-Bilanz für das Jahr 2019 verfügbar. Das Monitoring wird selbstverständlich weitergeführt. Im Leitkonzept für die 2000-Watt-Gesellschaft Stand Oktober 2020 sind die Vorgaben bzw. die Systemgrenzen zur Erstellung der CO₂-Bilanz definiert. Im Leitfaden wird bei den Verbrauchern hinsichtlich ihres Energiebedarfs nicht unterschieden. Der Flugverkehr (internationaler Flugverkehr ab der Schweiz) wird gemäss Leitfaden ausgewiesen, aber nicht zum Total addiert. Der massgebende Energiebedarf entspricht dem in der Schweiz an Kerosin gemäss Gesamtenergiestatistik. Der internationale Flugverkehr wird im Treibhausgasinventar des BAFU informativ aufgeführt, in der Gesamtbilanzierung gemäss internationalen Konventionen jedoch nicht mitbilanziert. Grundsätzlich wäre es möglich, die CO₂-Bilanz gemäss den Vorschlägen des Fragestellers zu erstellen, allerdings müsste zuerst geklärt werden, was als grosser CO₂-Bezüger oder -Grossverbraucher gilt. Zu beachten ist auch, dass die CO₂-Bilanz nicht mehr den Vorgaben des obengenannten Leitfadens entspricht. Aufgrund dessen möchte der Stadtrat an den Bilanzierungsvorgaben des Leitfadens festhalten. Gleichwohl wird aber die Möglichkeit einer zusätzlichen Grafik geprüft. Es ist auch so, dass je nach Wachstum gewisser Pflanzen oder Temperaturen die Bilanz in Frauenfeld schwankt, wenn etwa mehr Erdgas gebraucht wird. Der effektivste Wert wäre aus meiner per-

sönlichen Sicht, wenn man die Wohnungstemperatur senken würde, das würde schon etwas bringen, denn in Frauenfeld wird sehr viel mit Gas geheizt.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Diesen Frühling erhielt die Stadt Liestal den Preis Flâneur d'Or für die fussgängerfreundliche Neugestaltung der Rathausstrasse ebendort. Liestal ist in mancher Hinsicht mit Frauenfeld vergleichbar. Das Argument – was in Winterthur geht, geht in Frauenfeld nicht – das ich nicht unterstütze, mir aber immer wieder um die Ohren fliegt, ist noch schwierig zu bringen, wenn es um Liestal geht. Welche konkreten Erkenntnisse gewinnt der Stadtrat aus dem Vorbildprojekt in Liestal für die Zukunft der Strassen und Plätze in unserer Altstadt?

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Die städtischen Fachstellen informieren sich laufend über vorbildliche Projekte, Bauten und Erkenntnisse in Neugestaltungen. Aus dem Vorbildprojekt Liestal kann der Stadtrat entnehmen, dass trotz Verwendung von Belag – schauen sie die Zürcherstrasse, schauen sie barrierefreies Begehen von Handicaperten – eine Identität in der Altstadt geschaffen werden könnte. Wir haben Sanierungsbedarf, schauen sie die Pflastersteine in der Zürcherstrasse an, das müssen wir jetzt genau prüfen, was wir dort wollen. Natürlich wieder mit einer Mitwirkung, sonst wird der Widerstand aus der Bevölkerung relativ gross, denke ich. Aber man sieht, nur alles so schön ist es dann nicht und der Unterhalt in Liestal wird auch nicht der optimalste sein mit dieser Rinne in der Mitte. Ich denke, das kennen sie. Aber wir haben das gesehen und aufgenommen und wir schauen, was andere machen.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH): Keine Nachfrage, nur eine Bemerkung: Die Angst vor dem Widerstand, die wir beim Thema Altstadt und Fussgänger immer haben, ist 10 Mal grösser als der Widerstand jemals sein wird. Da können wir ganz beruhigt in die Zukunft blicken.

Gemeinderat Ralf Frei (SP): Anfang August kam es zu einem ordentlichen Wasserrohrbruch an der Thundorferstrasse. Dieses Mal mit den diversen unschönen Nebeneffekten. In meiner subjektiven Wahrnehmung passieren solche Wasserrohrbrüche im Gebiet zwischen Kappenzipfel und Spital sehr häufig oder zu häufig. Schön, dass die Gelegenheit zur ganzheitlichen Erneuerung dieses Mal genutzt wird. Wie steht es aber um die Leitungen unter anderen Strassen in diesem Gebiet? Erwartet der Stadtrat nach der Sanierung der Thundorferstrasse eine Entspannung der Situation oder gibt es ein strukturelles Problem mit den Wasserleitungen?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Erst einmal ganz objektiv: Die duktilen Gussrohre aus den Jahren 1960 bis 1980 galten lange als das Nonplusultra und als klare Verbesserung im Wasserleitungsbau. Insbesondere gegenüber den zuvor verwendeten Graugussrohren, weil sich diese als bruchanfällig erwiesen. Mit der Zeit traten aufgrund der von damals den Herstellern empfohlenen Rohrbettung sowie der Stromerdung – die Wasserleitungen wurden genutzt als Erdung – Korrosionsschäden auf. Genau diese Rohre liessen uns in den frühen Morgenstunden des 1. August einige zusätzliche graue Haare wachsen. Thurplus verzeichnet bei einem Leitungsnetz von 165 Kilometern und 85 Kilometern Hausanschlussleitungen pro Jahr ca. 10 bis 12 Leitungs- und Hausanschlussdefekte. Thurplus setzt in diesem Zusammenhang seit einigen Jahren auf 180 Sensoren, welche verteilt auf das Wassernetz in Frauenfeld Veränderungen bzw. Schäden im Wassernetz frühzeitig feststellen und orten. Parallel dazu werden die kritischen Leitungsabschnitte über einen Zehnjahresplan in Koordination mit dem städtischen resp. ggf. auch dem kantonalen Tiefbauamt gemeinsam priorisiert und dann saniert. Dank dieser Massnahmen konnten die Wasserrohrbrüche in den vergangenen Jahren merklich reduziert werden. Die Rohrbrüche sind kein frauenfeldspezifisches oder strukturelles Problem, sondern betreffen alle Wasserversorger gleichermaßen. Immerhin haben wir anders als unsere Kollegen in St. Gallen keinen Gelenkbus versenkt. Zwischen Spitalkreisel und Kappenzipfelkreisel befinden sich mit einer gesamten Wasserleitungslänge von knapp zwei Kilometern zwei 100-jährige Transportleitungen und auch bis dato sich in Betrieb befindliche Hausanschlüsse aus dem Jahr 1932. Mit der Lei-

tungssanierung in der Thundorferstrasse, welche wir jetzt bis zum Kappenzipfelkreisel angehen, werden wir einen für Thurplus seit 2016 auf der Dringlichkeitsliste geführten Abschnitt sanieren und damit weitere altersbedingte Schäden möglichst ausschliessen.

Gemeinderätin Priska Brenner-Braun (GP): Wir haben das grosse Privileg, in einer Kantons-hauptstadt zu leben, in der wir nahezu im Stadtzentrum mit etwas Glück und Geduld Biber, Reiher und Störche beobachten dürfen. In diesem Kontext möchte ich meine Frage stellen. Die Beleuchtung im öffentlichen Raum soll sicher und stromsparend sein. Gleichzeitig zeigt sich, dass sich künstliches Licht schädigend auf Tiere und Menschen auswirken kann. Strassenlampen locken jede Nacht zahlreiche Insekten in eine tödliche Falle. Die eidgenössische Forschungsan-stalt für Wald, Schnee und Landschaft und das Elektrizitätswerk des Kantons Zürich führen zum dritten Mal eine Studie zu den Auswirkungen der öffentlichen Beleuchtung auf Insekten und Fledermäuse durch. Werden Erkenntnisse aus diesen Studien in die Planung der öffentlichen Beleuchtung in Frauenfeld einbezogen? Falls ja, können sie uns mehr dazu sagen?

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Die Erkenntnisse aus den von dir zitierten Studien wer-den auch bei Thurplus in die Lichtplanung einbezogen. Seit 2017 mit der Erkenntnis, dass ge-dimmtes Licht in Bezug auf die Umwelt ideal ist. Für Insekten und Fledermäuse gilt, je dunkler die Nacht desto besser. Und zwar seit 2019. Die Leuchtfarbe und Leuchtenform haben Einfluss auf die Tierwelt. Insekten werden von kaltem Licht viel stärker angezogen als vom amberfarbe-nem. Noch verstärkt wird die signifikant erhöhte Anlockwirkung von weissem Licht durch die Form der Leuchte. Pilzleuchten, die das Licht stark streuen, ziehen deutlich mehr Insekten an als Leuchten mit geringer Lichtverteilung, also sehr punktueller Beleuchtung. Die Erkenntnisse der von dir zitierten dritten Studie können wir noch nicht einbeziehen, weil der Untersuchungszeit-raum soeben im Juni 2021 begonnen hat und bis Ende August 2024 dauert. Bei allen diesen Versuchen wird jedoch sowohl die Energieeffizienz wie auch unsere Vorschriften zur Strassenbe-leuchtung ausser Acht gelassen. Kälteres Licht wäre energieeffizienter und die Strassen sind durch Thurplus nach der Beleuchtungsnorm EN-13201 entsprechend den dort aufgeführten Beleuchtungswerten auszuleuchten. Als Kompromiss verwendet Thurplus Leuchten mit einer Farbtemperatur von maximal 3000 Kelvin, das bereits in einem warmweissen Spektrum liegt. Um das Ziel, so wenig Licht wie möglich zu erreichen, werden Leuchten mit einem sehr geringen Streulichtanteil und einer intelligenten Steuerung eingesetzt. Diese beleuchten die Strassen nur dann, wenn die Beleuchtung benötigt wird. Oder für späte humane Heimkehrer, für die die Trottoirs ohnehin zu schmal gebaut sind.

Gemeinderatspräsident Claudio Bernold (FDP): Wir haben nun die Fragestunde abgeschlos-sen. Ich danke allen Fragenden für ihren Beitrag zu dieser Fragestunde und ebenfalls bedanken möchte ich mich beim Stadtrat, seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die umfangreiche Arbeit, welche sie zur Beantwortung der Fragen auf sich genommen haben.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Wie bereits kommuniziert, fällt die Sitzung vom 8. September aus. Die nächste Gemeinderatssitzung findet daher am Mittwoch, 6. Oktober 2021 um 18 Uhr statt.

Mein Dank geht an Giuseppe D'Alelio und sein Team der Stadtkanzlei für die wertvolle Unter-stützung bei der Vorbereitung dieser Sitzung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlos-sen und wünsche Ihnen allen einen schönen restlichen Abend und jetzt folgt noch die Informa-tion von Stadtpräsident Anders Stokholm. Besten Dank und einen schönen Abend.

- - -

Schluss der Sitzung: 19:55 Uhr
